

# Asylpolitik: „Wir drehen uns im Kreis“

Mit seinem Vorstoß, das individuelle Asylrecht zugunsten einer Kontingentlösung aufzugeben, polarisiert Thorsten Frei. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundtagsfraktion verteidigt im Interview seine Forderung – und nimmt Friedrich Merz in Schutz.

Fotos: Stephan Hund

VON SIMON ALLGIEIER

■ Neben Friedrich Merz sind Sie derzeit der CDU-Politiker, der für die meisten Schlagzeilen sorgt. Hatten Sie das vorhergesehen, als Sie die Abschaffung des individuellen Asylrechts zugunsten einer Kontingentlösung gefordert haben?

Mir war bewusst, dass der Vorschlag vermutlich Wellen schlagen würde, weil er eine prinzipielle Änderung der bisherigen Asyl- und Migrationspolitik bedeutet. Aber ich beschäftige mich seit vielen Jahren mit Migrationspolitik und sehe, dass wir keine substanziellen Verbesserungen in diesem Bereich erreicht haben, sondern uns eher im Kreis drehen. Deshalb war es mir wichtig, einmal „out of the Box“ zu denken und zu schauen, wie wir Lösungen finden können, die einerseits unserer humanitären Verantwortung gerecht werden und auf der anderen Seite auch die Gesellschaften in Europa nicht überfordern.

■ Der niederländische Sozialwissenschaftler Ruud de Kooijmans hat in einem Buch ähnliche Gedanken formuliert wie Sie...

Die Asyl-Lotterie. Das Buch habe ich unter anderem gelesen. Ich habe mich in den vergangenen Jahren sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt und war in der letzten Legislaturperiode als Fraktions-Vize auch für Innen- und Rechtspolitik mit dem Thema befasst. Auch bei Koopmans gibt es einige kluge Ideen, die man berücksichtigen und schauen kann, ob man damit zu besseren Lösungen kommt.

■ Welche Ideen sind das?

Er geht stark auf die Frage der Kontingente ein, weil er zu Recht darauf hinweist, dass unser Asylsystem auch deshalb inhuman ist, weil wir die Menschen mit einem starken formellen Asylanspruch nach Europa locken. Wir sagen ihnen, dass sie es im Grund genommen nur nach Europa schaffen müssen, dann können sie hier bleiben. Egal, ob eine Schutzbedürftigkeit besteht oder nicht. Die Bundesregierung hat beispielsweise mit dem Chancenaufenthaltsrecht ihr Übriges getan, um diesen Eindruck zu befördern. Alle anderen, die es nicht nach Deutschland schaffen, die zu alt, zu schwach oder zu krank sind, Frauen und Kinder, oder die nicht in der Lage sind, 10.000 Euro für einen Schlepper zu bezahlen, die aber am schutzbedürftigsten sind, fallen hinten runter.

■ Wobei es Ihnen mit Ihrem Vorstoß in erster Linie nicht um die Schutzbedürftigkeit geht, sondern darum, die Zahl der ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren. Die Kommunen sind schließlich am Limit mit der Unterbringung von Flüchtlingen.

Es geht tatsächlich um beides. Ich hatte vorgeschlagen, statt des Individualasylrechts auf eine Kontingentlösung zu setzen. Ich habe 300.000 bis 400.000 Menschen für Europa in den Raum gestellt. Das ist eine politisch greifbare Größe. 300.000 Menschen



pro Jahr ist in der Durchschnitt der letzten zehn Jahre, die Europa aufgenommen hat. Es geht vor allem auch um Planbarkeit für Kommunen. Wir haben in diesem Jahr vermutlich 300.000 Asylanträge in Deutschland. Die europäische Asylagentur hat vor wenigen Tagen die Zahlen für den Monat Mai bekannt gegeben: 87.000 Asylanträge. Die meisten Menschen kommen aus Syrien, Afghanistan, der Türkei. Von denen wiederum mehr als 50 Prozent ihren Asylantrag in Deutschland gestellt haben.

■ Weil Deutschland durch seine Rahmenbedingungen attraktiver ist als andere europäische Länder?

In vielerlei Hinsicht: Was die soziale Unterstützung angeht, aber auch die Frage des Familiennachzugs ist bei uns großzügiger geregelt. Dann die Frage, ob ich in Deutschland bleiben kann, wenn der Asylantrag abgelehnt wird. Auch das sind wir sehr viel großzügiger als andere Länder, und das macht Deutschland zu einem attraktiven Migrationsziel.

■ Hat auch die Regierung unter Angela Merkel vor sagt, eine Migrationspolitik auszuarbeiten, die solche Schwachstellen schließt?

Die Situation, die wir heute haben, hat sich über Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte entwickelt. Man darf nicht vergessen: Wir hatten noch in den Nuller Jahren eine sehr geringe Migration in Deutschland. 2007 war sie etwa so groß wie heute in einem Monat. Das waren Größenordnungen, mit denen man umgehen konnte.

■ Aber spätestens 2015 hätte man aufwachen müssen.

Da haben Sie recht. Angela Merkel hat damals im Herbst 2015 beim Bundesparteitag in Karlsruhe eine unjubilante Rede gehalten, in der sie von ordnen, steuern und begrenzen gesprochen hat. Einige Zeit später hat sie erklärt, dass sich das Jahr 2015 nicht wiederholen dürfe. Wir haben in dieser Zeit auch einiges gemacht. Ich selbst habe 2019 für die Unionsfraktion das große Migrationspaket mit acht Gesetzen verhandelt. Da war das Fachkräfteeinwanderungsgesetz drin, auch das geordnete Rückkehrgesetz. Einiges davon wurde von der Koalition jetzt wieder rückabgewickelt. Fakt ist aber, dass wir im Grunde genommen mit einer so großen Herausforderung zu tun haben, dass wir auf den eingetragenen Pfaden nicht mehr zu einem guten Ziel kommen.

■ Am Wochenende haben Sie nachgelogt und die Zurückweisung von Flüchtlingen gefordert. Sind Sie gerade dabei, sich als Hardliner zu profilieren?

Nein, ich möchte jemand sein, der konstruktive Vorschläge macht, wie

man dieses Thema bearbeiten kann. Ich weiß, dass meine Forderung in den Medien als ein Nachlegen empfunden worden ist. Aber im Grunde habe ich in einem Interview mit der „Welt“ nur den in der FAZ erschienen Artikel erläutert. Zu diesem Vorschlag gehört eben auch ein effektiver Schutz der Außengrenzen. Ich bin überzeugt, dass das Kontingentmodell verhindern würde, dass Menschen in seeuntaugliche Boote steigen, um die gefährliche Reise nach Europa zu unternehmen, weil sie wissen, dass es zwei Möglichkeiten gibt, hierherzukommen: Das eine ist die Arbeitsmigration – wenn man die Voraussetzungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes erfüllt – das andere sind die humanitären Kontingente. Die Möglichkeit, hier in Europa einen Asylantrag zu stellen, würde es dann nicht mehr geben.

■ Wie wollen Sie sicherstellen, dass über die Kontingentlösung tatsächlich nur politisch Verfolgte nach Europa kommen?

Das Modell sieht vor, in den Ziel- und Nachbarländern, in denen Migration stattgefunden hat, direkt anzusetzen. Dahinter steckt die Idee, dass wir bei der Migration unterscheiden müssen. Es muss eine andere Regelung geben für Menschen, die in Nachbarländern der Europäischen Union verfolgt werden. Für die wäre ein europäischer Staat das erste sichere Ziel, denken Sie an die Ukraine. Aber wenn jemand in Sudan oder von mir aus auch Paraguay ein Problem hat, ist Deutschland nicht alleine für die Lösung all dieser Probleme verantwortlich. Auch dort haben wir eine humanitäre Verpflichtung, sollten diese aber so wahrnehmen, wie es die USA und Kanada machen. Diese Länder nehmen beispielsweise 30.000 Syrer auf oder sondern viele Uiguren, die in Westchina verfolgt werden. Aber es gibt auch viele Länder wie Pakistan, aus denen viele Menschen zu uns kommen. In Pakistan gibt es aber keine grundsätzliche Verfolgung. Für dieses Land würden wir also kein Kontingent erstellen.

■ Als wie dramatisch beurteilen Sie die aktuelle Flüchtlingskrise?

Die Wahrnehmung in der Bevölkerung ist anders als 2015/16. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass es diese Bilder in den Fernsehberichten nicht gibt. Das ist auch ein Beweis dafür, dass es die Kommunen insgesamt sehr gut hinbekommen.

■ Immer noch.

Mich verwundert das nicht. Ich war selbst Oberbürgermeister von Donaueschingen. Kommunalpolitiker sind am Gelingen interessiert und darauf auch angewiesen. Wenn Integration nicht gelingt, gibt es Probleme und das will kein Bürgermeister. Das Problem wird dadurch aber nicht kleiner. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen geht es nicht nur darum, sie unterzubringen, sie mit Nahrung zu versorgen. Das bekommen wir in Deutschland immer hin. Aber die Integration trifft auf ein Land, in dem die

öffentliche Infrastruktur häufig mit dieser Anforderung nicht mithalten kann. Es fehlen beispielsweise 700.000 Wohnungen. Wir haben einen Mangel im Bereich der Kita-Plätze, der Schulen, der hausärztlichen Versorgung auf dem Land.

■ Für all das sollen ausländische Fachkräfte nach Deutschland geholt werden. Aber auch daran gibt es Kritik vonseiten der CDU.

Nein, überhaupt nicht. Wir sind der Auffassung, dass wir Arbeitsmigration brauchen. Wir sind mit der aktuellen Änderung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes aber nicht glücklich, weil die Anforderungen abgesenkt werden. Wir finden, dass ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz auch die Einwanderung von Fachkräften bedeuten muss. Das können auch Ungelernte sein, die nach Deutschland kommen und hier eine Ausbildung machen. Entscheidend ist, dass die Migration in den Arbeitsmarkt und nicht in die sozialen Transfersysteme stattfindet.

■ Ähnlich wie Sie polarisiert derzeit auch Friedrich Merz. Finden Sie die Kritik an ihm wegen seiner Aussagen zum Umgang mit der AfD berechtigt?

Wir haben eindeutige Parteitagsbeschlüsse, und Friedrich Merz hat mehrfach klargestellt, dass es keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD gibt. Das gilt für alle politischen Ebenen, auch für die kommunalpolitische. Die AfD ist eine undemokratische, rechtsradikale Partei, die in den vergangenen Jahren bewiesen hat, dass sie an einer konstruktiven politischen Auseinandersetzung gar nicht interessiert ist. Friedrich Merz wurde am Sonntag falsch verstanden. Er hat nie von einer Zusammenarbeit mit der AfD gesprochen, sondern er hat gesagt, dass demokratische Wahlen zu akzeptieren sind.

■ Auch wenn eine undemokratische Partei gewählt wird?

Wir haben die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Das ist kein CDU-spezifisches Problem, sondern eines, mit dem alle Parteien zu kämpfen haben, die beispielsweise im Kreistag des Landkreises Sonneberg vertreten sind.

■ Braucht die CDU einen Rechtsruck, um Boden gegenüber der AfD gutzumachen?

Nein, das glaube ich nicht. Wir sollten uns politisch nicht daran ausrichten, was andere Parteien denken, machen oder wie deren aktuelle Umfragewerte aussehen. Wir sind die führende Oppositionspartei in Deutschland und müssen voller Selbstbewusstsein die Politik aus unseren eigenen Vorstellungen heraus entwickeln. Wir als Partei, und auch ich persönlich, orientieren uns an den Problemen, die wir im Land haben und versuchen diese anzusprechen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die kann man begrüßen oder auch beklagen. Das kann man in einem demokratischen Diskurs immer. Jetzt mag Migration für manche ein unangenehmes Thema sein. Aber Sie lösen es nicht, wenn Sie es totschwei-

gen. Ich habe mir sehr viel Mühe gegeben, diese Debatte seriös zu führen und ohne falschen Unterton. Wenn jemand gute andere Vorschläge hat, sollten wir auch diese diskutieren. Aber ich habe festgestellt, dass es viel Kritik an meinem Vorschlag gegeben hat, aber die Kritiker keinen substantiellen Vorschlag unterbreitet haben, wie man es anders machen könnte.

■ Noch vor ein paar Jahren wären Sie für Ihre Forderungen wahrscheinlich in die rechte Ecke gestellt worden. Hat hier eine Verschiebung stattgefunden?

Jede Zeit hat ihre Herausforderungen. Heute sind weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie nie zuvor. Die UN geht von mehr als 100 Millionen Menschen aus. Wenn Sie die aktuellen Schutzquoten für Afghanen zugrunde legen, hätten 35 Millionen Afghanen das Recht, in Deutschland aufgenommen zu werden. Wenn Sie das Gedankenexperiment weiterdenken, kommen Sie zu dem Ergebnis, dass es schlechterdings unmöglich ist und man quantifizieren muss. Die Art und Weise, wie wir es jetzt machen, indem wir alles tun, um die Menschen von Europa fernzuhalten, ist keine humane Form. Wir sollten Möglichkeiten finden, die Schutzbedürftigsten auch zu unterstützen.

■ Wie wollen Sie das praktisch sicherstellen?

Es sollte nicht so sein, dass sich Menschen auf den schwierigen, gefährlichen und auch menschenwürdigen Weg nach Europa machen, sondern die Programme sollten vor Ort ansetzen. Wir haben schon sogenannte Resettlement-Programme. Das UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk, IOM, die sind mit entsprechenden Strukturen und Know-how vor Ort und könnten gute Partner sein. Es ist auch nicht auszuschließen, dass wir mit eigenen Fachleuten vor Ort sind, so wie es das Land Baden-Württemberg mit dem „1000 Jesiden“-Programm im Nord-Irak gemacht hat. Klassische Einwanderungsländer wie Kanada und die USA praktizieren das seit jeher so.

■ Wie könnte oder sollte es mit Ihrem Vorstoß Kontingentlösung statt individuellem Asylrecht auf europäischem Boden nun weitergehen?

Ich habe mit meinem Vorschlag die europäische Ebene adressiert. Der Artikel 16a des Grundgesetzes, der das Individualgrundrecht statuiert, hat heute kaum noch praktische Bedeutung. Derzeit stützen nur 0,8 Prozent der Schutzberechtigten in Deutschland ihre Schutzberechtigung auf dieses Grundrecht. Alle anderen kommen in der Regel auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention. Die Anforderungen an die Genfer Flüchtlingskonvention kann man aber auch durch Kontingente erfüllen. Ich mache mir keine Illusionen, es wird ein anspruchsvoller Weg und der Plan perspektivischer Natur sein.

■ Das wäre dann der große Paukenschlag. Im Kleinen würde es aber vielleicht schon ausreichen, die Asylverfahren zu ändern. Der langjährige Migrationsdezernent des Innenministeriums, Michael Loritz, hat oft betont, es reiche aus, nach Deutschland zu kommen und Asyl zu rufen, um im System zu sein und mit großer Wahrscheinlichkeit auch drinzu bleiben. Es kommt sehr selten vor, dass Menschen abgeschrieben werden.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist die größte Migrationsbehörde der Welt. Das sagt schon viel aus. Die Asylverfahren sind zwar deutlich beschleunigt, aber jeder abschlägige Asylbescheid wird vor Verwaltungsgerichten beklagt. Diese haben über alle Verwaltungssachen – vom Immissionsrecht über das Baurecht, Umwelt und Wasserrecht – im Jahr etwa 100.000 Verfahren pro Jahr zu entscheiden. Dazu kommen 300.000 Asylverfahren. Die Menschen warten mindestens ein Jahr, bis ein Asylverfahren vor dem Verwaltungsgericht abgeschlossen ist.

Wenn sie sich nichts haben zuschulden kommen lassen, sorgt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auch nach einem abschlägigen Urteil für den Spurwechsel in die Arbeitsmigration. Aber zu glauben, dass man mit der humanitären Migration die Arbeitsmarktprobleme bei uns lösen kann, ist falsch. Die Erfahrung zeigt, dass wir im Wege der humanitären Migration 1000 Menschen aufnehmen und 200 davon in den Arbeitsmarkt integriert werden können.